

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung, Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 69 A

BERLIN • Dienstag, den 22. März 1932

1. JAHRGANG

Junglehrerhilfe.

Von Rudolf Kuchemann.

Wir stellen die nachfolgenden Ausführungen zur Diskussion über das obengenannte Thema. Die Red.

1.

Der Lehrerverein „Leineberg“ hatte beim PrLV folgenden Antrag gestellt: Der PrLV unterstützt seine Mitglieder, die als Junglehrer vom Staat einen Zuschuß empfangen (Zuschußempfänger) und elf Stunden in der Woche unterrichten müssen, wenn diese Junglehrer als Gegenleistung an preußischen Volksschulen Unterricht erteilen, so daß abgebaute Stellen wieder besetzt werden können.

Dieser Antrag hat in weiten Kreisen der Lehrerschaft Zustimmung gefunden. Er ist dennoch vom Vorstand des PrLV abgelehnt worden. Es ist also notwendig, die Einwände, die gegen diesen Antrag erhoben worden sind, zu prüfen.

Welches sind die Gründe, die gegen den Antrag vorgebracht werden? Halten wir zunächst einmal die Tatsache fest, daß sowohl der PrLV als auch der DLV Geld für die Unterstützung der Junglehrer bereitgestellt haben. Obgleich also eine materielle Belastung der Mitglieder durch die Unterstützung der Junglehrer tatsächlich stattfindet, lehnen die Verbände eine Gegenleistung der Junglehrer ab. Es müssen also schwerwiegende Gründe gegen den Antrag sprechen.

Ein Grund, der zur Ablehnung angeführt wird, ist folgender: Wenn jetzt an den öffentlichen preußischen Volksschulen Lehrer unterrichten, die weder in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis stehen, noch vom Staat oder den Gemeinden für ihre Arbeit bezahlt werden, so wird die Stellung des Lehrers als eines Berufsbeamten durchbrochen, und die organisierte Lehrerschaft leistet dem Abbau des Berufsbeamtentums Vorschub. Kann eine Beamten-Gewerkschaft, die in Abschnitt 10 ihrer Schulforderungen den Standpunkt vertritt: „Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates, die Lehrer und Lehrerinnen sind Staatsbeamte“, es verantworten, diesem Grundsatz entgegenzuhandeln?

Kein im DLV organisierter Lehrer wird diese Frage ohne weiteres mit „Ja“ beantworten wollen.

2.

Unsere eigene Stellungnahme wird also ihre Prüfung unter dem Gesichtspunkt vornehmen: *Wie helfen wir den Junglehrern, ohne das Berufsbeamtentum der Lehrer zu gefährden?*

An preußischen Volksschulen unterrichten:

- festangestellte Lehrer,
- einstweilig angestellte Lehrer,
- auftragsweise beschäftigte Lehrer,
- vertretungsweise beschäftigte Lehrer,
- Ersatzlehrer,
- Hilfslehrer,
- Zuschußempfänger.

Wir sehen eine bunte Fülle. Uns interessiert hier die Frage: Welche Gruppen stehen in einem Beamtenverhältnis?

Beim Beamtentum unterscheidet man drei Stufen: Die Ausbildungszeit, die Anwärterzeit, die feste Anstellung.

Als „Anwärter“ können wir heute bestenfalls noch „die einstweilig angestellten“ und die „auftragsweise beschäftigten“ Junglehrer ansehen. Vor allem durch die Schaffung der Gruppen Hilfslehrer und Zuschußempfänger hat der Staat das Beamtensystem durchbrochen. Ferner ist dieses Prinzip im heutigen Staat schon dadurch durchlöchert, daß Geistliche den als ordentliches Lehrfach der Schulen charakterisierten Religionsunterricht erteilen.

Wir stellen also die Tatsache fest: In den öffentlichen Volksschulen Preußens haben wir bereits seit Jahren einen Zustand, der eine Gefährdung des Berufsbeamtentums bedeutet.

Wir können weiter feststellen, daß der Staat auf diesem Wege durch den Stellenabbau fortschreitet. Wir müssen scharf den Stellenabbau vom Abbau der Schulklassen unterscheiden. Wir haben mehr Schulklassen als Lehrstellen. Die überschüssigen Klassen werden durch Hilfslehrer und Zuschußempfänger in Betrieb erhalten. Alle Maßnahmen des Staates gehen darauf hinaus, Schulstellen abzubauen. Damit drängen immer mehr Nicht-Beamte in die Schulen ein.

Dieser Zustand will der Preussische Lehrerverein nicht. Wie ist er zu beseitigen?

Ein Blick in die Wirklichkeit belehrt uns, daß die Regierung kein Feind dieses Ausnahmezustandes, weite Volkskreise aber Freunde dieses Ausnahmezustandes sind. Mit diesen Realitäten wollen wir rechnen.

Durch die Duldung der Maßnahmen der Regierung in bezug auf Einstellung von Hilfslehrern und Zuschußempfängern wehrt der PrLV den Einbruch in die Beamtenrechte nicht ab. Wenn aber nun der PrLV sogar noch von der Regierung verlangt, daß die Zuschußempfänger für das Geld des Vereins Unterricht erteilen, macht er sich dann nicht mitschuldig an der Zerstörung des Berufsbeamtentums?

Ehe wir unsere Fragen beantworten, wollen wir wiederum ein paar Tatsachen festhalten. In Preußen ist die Anzahl

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Memelkonflikt verschärft

Am Sonnabendnachmittag haben die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens in Kowno dem litauischen Außenminister gleichlautende Noten überreicht. Die Unterzeichnermächte protestieren darin, wie bereits gemeldet worden ist, gegen die Bildung des Direktoriums SIMMAT, das nachweislich das Vertrauen des Landtages nicht besitzt. Sie drohen, im Falle, daß nicht schleunigst ein vom Landtag anerkanntes Direktorium gebildet wird, den Fall BÖTTCHER vor den Haager Gerichtshof statt vor ein eigens hierfür eingesetztes Schiedsgericht zu bringen, und erklären, daß sie die Auflösung des Landtags als Verstoß gegen die Empfehlungen des Völkerbunds ansehen würden und in diesem Fall zu prüfen hätten, ob nicht eine Verletzung des Memelstatuts vorliege.

Japan, das auch zu den Unterzeichnermächten gehört, hat sich an diesem Schritt nicht beteiligt. Vermutlich ist das japanische Kabinett nur durch seine eigenen inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten davon abgehalten worden, den Protest zu beschließen.

Der litauische Außenminister ZAUNIS hat der Presse gegenüber energisch gegen die Protestnoten Stellung genommen. Die litauische Abordnung habe in Genf erklärt, daß sie einen Zusammenhang zwischen dem Fall BÖTTCHER und den von den zuständigen Stellen der Zentralregierung ergriffenen weiteren Maßnahmen nicht anerkenne. Wenn jetzt die Unterzeichnermächte, die diese Erklärung zur Kenntnis genommen hätten, einen solchen Zusammenhang konstruierten, so werde er gezwungen sein, diejenigen Erklärungen zu widerrufen, denen zufolge für den Fall von neuen Landtagswahlen der Kriegszustand im Memelgebiet abgeschafft werden würde.

Nach der Ueberreichung der Protestnoten trat das litauische Ministerkabinett zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Wie es heißt, ist das Kabinett zu dem Beschluß gekommen, eine Ueberweisung des Konflikts an den Haager Gerichtshof zuzulassen; die Souveränität Litauens in der Frage der Bildung des Memel-Direktoriums müsse doch ein für

AUS DEM INHALT:

Regierungsmaßnahmen gegen die Krise.

Inflation?

Nazis in Gewerkschaften.

Christliche u. Hirsch-Dunckersche Arbeitsbeschaffungs-Pläne.

Der Krieg gegen Hilflose.

So wirbt man auch SA-Männer.

allemaal klargestellt werden, damit weiteren Zwischenfällen ähnlicher Art vorgebeugt sei. Die in den Noten enthaltenen Einwände und Warnungen könnten nicht den Anspruch erheben, sich auf die rechtlichen Voraussetzungen des Memelabkommens zu stützen, sondern seien nur Meinungsverschiedenheiten zwischen Litauen und den Unterzeichnermächten.

Von seiten des Memellandbundes, der am Sonnabend in Berlin seine Generalversammlung abhielt, wurde die Forderung vertreten, die deutsche Regierung solle den Streit um Memel vor dem Völkerbund für einen Streit zwischen Litauen und Deutschland erklären und nach Artikel 11 der Völkerbundsatzung gegen das Vorgehen Litauens zu protestieren. Nach diesem Artikel hat jedes Völkerbundsmitglied das Recht, den Völkerbundsrat auf Umstände aufmerksam zu machen, die „den Frieden oder die guten Beziehungen zwischen den Nationen, von denen der Frieden abhängt, zu stören“ drohen.

Eine neue Notverordnung.

t Berlin, 20. März.

Der Inhalt der neuen Notverordnung wird halbamtlich bekannt.

Biersteuersenkung: Die Reichsbiersteuer wird in allen Stufen gleichmäßig um 3 Mark gesenkt. Das bedeutet, da die Steuer nach der jeweils im Jahr erzeugten Biermenge der einzelnen Betriebe gestaffelt ist, eine stärkere Entlastung der kleineren und mittleren Betriebe. — Die Gemeindebiersteuer wird bis zu 40 Prozent gesenkt. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt worden, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Senkung zu bestimmen. Die Senkung soll erst erfolgen, wenn eine Einigung über die Bierpreissenkung erzielt ist.

Die **Realsteuersperre**, die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nur für das Rechnungsjahr 1931 vorgesehen war, wird für das Rechnungsjahr 1932 beibehalten. Er-

höhungen der Gewerbe- und Grundvermögenssteuer sind also weiterhin nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

Ab 1. April treten die Vorschriften des Zolltarifgesetzes über **Einfuhrscheine** außer Kraft. An ihre Stelle soll für Getreide, Hülsenfrüchte und Erzeugnisse daraus eine Regelung treten, die durch die Verordnungen vom 14. und 19. August 1931 für Weizen und Roggen bereits eingeführt ist. Danach kann die Reichsregierung bestimmen, daß bei der Ausfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten sowie Erzeugnissen daraus Bescheinigungen erteilt werden, die den Inhaber berechtigen, die gleiche Menge der nämlichen Warengattung — bei Erzeugnissen aus Getreide oder Hülsenfrüchten umgerechnet in die Menge der zu ihrer Herstellung notwendigen Frucht zollfrei oder zu ermäßigten Zollsätzen einzuführen. Durch die Neuregelung soll ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln ein Austausch von Inlands- gegen Auslandsgetreide ermöglicht werden.

NSDAP klagt gegen Severing.

w München, 21. März.

Der Rechtsanwalt FRANK II hat namens der NSDAP beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage eingereicht gegen den Freistaat Preußen und den preußischen Innenminister SEVERING.

Die NSDAP beantragt, eine einstweilige Verfügung zu erlassen und zu erkennen, daß die preußische Polizeiaktion gegen die NSDAP und die Beschlagnahme von urkundlichem Material gegen die Reichsverfassung verstießen. Es wird eine Entscheidung dahingehend gefordert, daß alle Maßnahmen der preußischen Staatsregierung, durch die den preußischen Staatsbeamten die Zugehörigkeit zur NSDAP und die Betätigung für sie verboten wurden, mit der Verfassung unvereinbar seien.

Es wird grundsätzlich der Beweis dafür angeboten, daß alle Versuche, die Legalität der NSDAP oder ihrer Führer anzuzweifeln, an der einwandfrei grundsätzlich erhärteten und organisatorisch gesicherten beweisbaren Legalität des Vorgehens der NSDAP und ihrer Führer scheitern müßten.

Die Unverschämtheit solcher Behauptung übersteigt angesichts der fortwährenden Duldung der nationalsozialistischen Mordtaten seitens der NS-Führung jedes Maß.

Weitere Nachrichten über die Aktion Severings im Innern des Blattes.

Paul Umbreit gestorben.

Wir erfahren soeben, daß der Redakteur der „Gewerkschaftszeitung“, Kollege Paul Umbreit, der auch Mitglied des Vorstandes des ADGB war, gestorben ist.

Das Streikrecht in Amerika.

t Washington, 19. März.

Wichtige Entscheidungen für die Streikenden.

Der Kongreß hat nunmehr endgültig die NORRIS-Vorlage angenommen, die den Bundesgerichtshöfen das Recht beschneidet, gegen streikende Arbeiter einstweilige Verfügungen zu erlassen. Die Vorlage geht nunmehr dem Präsidenten Hoover zu.

der Lehrstellen abhängig von der Klassenbesuchszahl und der Pflichtstundenzahl der Lehrer. Eine Erhöhung der Schülerzahl für eine Klasse und eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer bedingt eine Verminderung der Stellen. Aber durch eine Erhöhung der Stundenzahl der Zuschußempfänger, bei denen eine volle Pflichtstundenzahl noch keineswegs erreicht ist, wird die Stellenzahl der Lehrer überhaupt nicht berührt; es wird nur die Zahl der Klassen erhöht. Wir bekommen Klassen mit geringerer Schülerzahl, Klassen, die der Staat sonst nicht einrichten würde. Er hat nämlich bereits den Gemeinden das Einrichten von neuen Klassen verboten, sofern dadurch die Stellenzahl vergrößert wird (Sparkommissar).

Wir wollen zugeben, daß in der Einstellung der Hilfslehrer wie der Zuschußempfänger eine Gefährdung des Berufsbeamten der Lehrer liegt, insofern sich der Staat von der Arbeit beamteter Lehrer unabhängig macht.

Demnach scheint die einzige Konsequenz zu sein: Der Preußische Lehrerverein verlangt vom Staate die Nichtbeschäftigung von Hilfslehrern und Zuschußempfängern.

Erfüllt der Staat diese Forderung, so ist das Berufsbeamten der Lehrer gesichert. Wenigstens dieses Ziel wäre erreicht.

Die Folgen: Wir dürfen nicht damit rechnen, daß der Staat in absehbarer Zeit von sich aus neue Stellen für beamtete Lehrer einrichtet. Mehrere tausend Junglehrer würden auf die Straße fliegen und wir könnten nur dafür kämpfen, daß sie Arbeitslosenunterstützung u.s.w. bekommen.

Wer wird diese Forderung und ihre Durchführung begreifen? Weite Volkskreise werden uns nicht verstehen. Wer wird — außerhalb der Beamtenschaft — in der heutigen Krisenzeit Verständnis dafür aufbringen, daß das Berufsbeamten der Lehrer unantastbar sein soll! Und was würden die Abgeordneten, ihre Angehörigen und Freunde dazu sagen? Wie sollten sie, die in ihren materiellen (und auch ideellen) Interessen so stark durch diese Maßnahmen geschädigt würden, es verstehen, daß man ihnen, um des Beamtenrechtes der Lehrer willen, solche Opfer zumutet! Wenn wir also das Berufsbeamten der Lehrer retten wollen, werden wir stillschweigend Hilfslehrer und Zuschußempfänger dulden müssen; es würde uns sonst in den eigenen Reihen eine große feindliche Gruppe entstehen. Denn wer leistet die Gewähr dafür, daß die Junglehrer sich nicht außerhalb ihrer Kollegen Bundesgenossen suchen; Bundesgenossen, die unsere Ziele bekämpfen und den Staat zwingen, noch mehr Stellen abzubauen und noch mehr Privatpersonen (also Nichtbeamte) mit dem Unterricht in den Volksschulen zu betrauen! Es werden sich genug Junglehrer, genug Philologen finden, die, getrennt von der Organisation der Lehrer, für wenig Geld Unterricht übernehmen, ohne daß man ihnen Beamtenrechte gibt.

Auf diesem Weg retten wir also das Berufsbeamten nicht. Aber ehe wir uns nach neuen Wegen umsehen, fragen wir uns noch einmal, ob und warum wir es durchaus erhalten wollen.

Die Forderung, daß das Berufsbeamten unantastbar sein soll, ist nicht selbstverständlich. Gar zu leicht erscheint dem Außenstehenden diese Forderung vom materiellen Interesse diktiert.

Haben wir andere Gründe für sie?

3.

Warum soll der Lehrer Staatsbeamter sein?

Wir erblicken in der Erziehung der Jugend zu selbständigen Menschen eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Um diese Erziehung zu sichern, darf sich der Staat nicht darauf verlassen, daß bei den Staatsbürgern, insbesondere bei der Elternschaft, ein Interesse an der Bildung der Jugend in dem genannten Sinne tatsächlich vorhanden ist, so daß sie selber zur Einrichtung entsprechender Schulen schreiten.

Es ist in der Tat eine Eigentümlichkeit gerade dieses Interesses, daß eine Wahrung sich nicht von selber einstellt wie etwa die der materiellen Interessen, sondern daß diese Nötigung erst mit wachsender Bildung klar ins Bewußtsein tritt. Wir Lehrer kennen diese Tatsache aus unserer Erfahrung nur zu gut.

Daher muß der Staat alles tun, um die Ausgestaltung der Schulen von dem Willen der Elternschaft unabhängig zu machen. Hierzu gehört aber u. a. auch die Ausbildung von Lehrern und die Einrichtung von Staatsschulen.

Aber muß der Lehrer dazu Staatsbeamter sein?

Der von uns gekennzeichneten Staatsschule erwächst eine Konkurrenz, indem außerstaatliche Mächte Schulen einzurichten versuchen, die ihrem Ziel entsprechen. Wie sichert der Staat seine Schule? Er kann es tun mit äußeren Mitteln. Dazu gehört dann die Sorge für die Ausbildung der Lehrer. Damit ferner die Lehrer nicht den wirtschaftlichen Lockungen privater Kreise verfallen, bietet der Staat dem Lehrer eine Beamtenstellung, eine wirtschaftliche Sicherung also bis zum Tode. Diese Rechtfertigung des Beamtenrechtes der Lehrer leitet sich allein aus Klugheitsbegründungen her. Maßnahmen, die von der politischen Klugheit diktiert sind, können für uns keine hinreichende Begründung für unsere Forderung abgeben. Eine solche Begründung ist auch nicht einmal stichhaltig, da ja auch die Wirtschafts- und Weltanschauungsmächte eine lebenslängliche Versorgung in ihr System einbauen können.

Unsere Forderung „die Lehrer sind Staatsbeamte“ muß anders begründet werden, wenn an ihr nicht zu zögeln sein soll. Der Staat erkennt das Interesse an der Erziehung als das wahre Interesse eines jeden Staatsbürgers; das Interesse an der Erziehung ist im wahren Sinne des Wortes ein öffentliches Interesse. Die Lehrer sollen Vertreter und Anwälte dieses öffentlichen Interesses an der Erziehung sein. Sie sind also die Verbündeten der Regierung; sie verzichten freiwillig auf die Befriedigung mancher Privatinteressen mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse an der Erziehung; sie leisten den Eid, sie beraten die Regierung und erschweren sich das Streikrecht. Sie tun dieses alles, weil es in dem Interesse der Staatsbürger liegt, das sonst im Kampf mit anderen Interessen unterliegen würde. Die Lehrer machen sich zum Inhaber des öffentlichen Anwesens der Bildung.

Wenn die Lehrer ihr Amt so auffassen — aber auch nur dann —, wenn ihre Schularbeit dem wahren Interesse der Kinder dient, wenn also durch diese Arbeit ein öffentliches Interesse befriedigt wird, wenn die Lehrer es als ihre Pflicht erkennen, sich in diesem Sinne mit dem Staat zu identifizieren, dann können die Lehrer an der Forderung des Beamtenrechtes festhalten.

4.

Wie sieht es aber im heutigen Staat aus?

Wir dürfen nicht voraussetzen, daß der heutige Staat seine Schule so einrichtet und eingerichtet hat, daß die Schul-

Aus dem Fernen Osten.

Verhandlungen.

Auf der Schanghaier Vermittlungskonferenz, die am Sonnabend im englischen Konsulat stattfand und an der Vertreter von England, Frankreich, China und Japan teilnahmen, wurde ein Abkommen getroffen über die folgenden Punkte: 1. Die Feindseligkeiten werden endgültig eingestellt. 2. Die japanischen Truppen werden nach der internationalen Niederlassung und den angrenzenden Straßen zurückgezogen. 3. Die Chinesen verbleiben in ihren jetzigen Stellungen und verpflichten sich, keinerlei weiteren Vorstoß zu unternehmen. 4. Die Verwaltung der neutralen Zone wird von den chinesischen Behörden übernommen.

Die genaue Formulierung des Abkommens liegt noch nicht vor.

Diese Vereinbarungen wurden der chinesischen und der japanischen Regierung zur Bestätigung vorgelegt. Wie es heißt, hat die japanische Regierung nach eingehender Beratung die zweite Forderung für zu weitgehend und darum für unannehmbar erklärt.

Streit der chinesischen Generäle.

Der chinesische Innenminister, General FENG, hat der Nanking-Regierung am Sonnabend sein Rücktrittsgesuch übergeben. Das Gesuch wurde genehmigt. Der Grund des Rücktritts liegt in schweren Meinungsverschiedenheiten mit Marschall TSIANG KAI SCHK.

Die unruhige Mandschurei.

In der Mandschurei gehen die Kämpfe der neuen Regierung mit meuternden chinesischen Truppen weiter. Einige chinesische Regimenter sind besetzt und vom General MA aufgelöst worden; andere chinesische Truppen haben sich dafür dem Aufstand angeschlossen.

Verpfändung der Ostbahn.

Die russische Presse läßt sich aus London melden, daß die Regierung PUJI in Japan und in England eine Anleihe in Höhe von zehn Millionen Pfund unter der Garantie der Einnahmen der Eisenbahnen, auch der chinesischen Ostbahn, aufnehmen will. In Moskau wird man selbstverständlich gegen die Verpfändung der chinesischen Ostbahn Verwahrung einlegen, da diese nicht als chinesisches Staatsunternehmen anzusehen sei.

Die offene Tür.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Daily Telegraph“ teilte der mandschurische Ministerpräsident TSCHENG SIAO SCHE mit, daß die Politik der offenen Tür in der Mandschurei einer genaueren Prüfung und Begrenzung unterzogen werde. Der mandschurische Freistaat beabsichtige, solchen Ländern, von denen er anerkannt würde, und die bereit seien, Handelsverträge mit ihm abzuschließen, eine Vorzugsbehandlung zu gewähren. Die Regierung verlange alle Kauf- und Vertragsrechte bei der südmandschurischen Bahn und der chinesischen Ostbahn und lehne jede Anerkennung chinesischer Interessen an diesen Unternehmungen rundweg ab.

Antwort nicht nötig!

Einer Zeitungsmeldung zufolge hat das japanische Außenministerium vom Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm erhalten, in dem angefragt wird, ob Japan bereits die zur Durchführung der Beschlüsse des Völkerbundsrats vom 30. September und 5. Dezember 1931 erforderlichen Maßnahmen getroffen habe. Wie das Blatt aus unterrichteter Quelle hört, hat das Außenministerium beschlossen, das Telegramm vorläufig nicht zu beantworten, da der japanische Vertreter bei

arbeit im öffentlichen Interesse liegt, d. h. in einem Interesse, das darum „öffentlich“ genannt zu werden verdient, weil es das Interesse von jedermann wäre. Die Regierung nimmt im heutigen Staat Rücksicht auf die Steuerzahler, und zwar besonders auf diejenigen, die Machtmittel zur Verfügung haben. Starke Gruppen haben heute ein Interesse an der Vorbildung des Volkes, und wirtschaftliche und weltanschauliche Machtgruppen drücken auf die Regierung, daß die Schulen des Staates aus den Kindern gehorsame Glieder des herrschenden Systems macht. Der Deutsche Lehrer-Verein (DLV) vertritt in seinem Schulprogramm die Forderung: Die Schule erblickt in der Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit ihre höchste Aufgabe. Wenn die Mitglieder des DLV an der Verwirklichung dieser Forderung arbeiten, wenn sie diese Arbeit als ihre Pflicht erkennen, dann haben sie Anspruch auf das öffentliche Amt der Bildung. Der DLV hat dann eine Rechtfertigung für seine Forderung des Staatsbeamtenrechtes, weil er in dem Beamtenrecht eine Mitverantwortung für das, was im Staat geschieht, zu übernehmen gewillt ist.

Um aber im heutigen Staate wirksam für das Erziehungsideal einzutreten, ist es nötig, sich nicht auf das bloß formale Beamtenrecht zu beschränken; wir brauchen für die Vorarbeit eine geschlossene Lehrerschaft. Festangestellte Lehrer als Beamte, und Zuschußempfänger als Hilfstuppe müssen in gemeinsamer Front kämpfen und an der Bildung des Volkes und den Rechten des Lehrers arbeiten. Diese Front kann nur gebildet werden in gemeinsamer Arbeit in der Schule und in gemeinsamer Arbeit in den Lehrerverbänden. Die Arbeit in der Organisation hat vor allem den Zweck, alle Mitglieder mit unserer Aufgabe und ihrer wissenschaftlichen Begründung bekanntzumachen und den Willen zur Durchführung unserer Ziele zu stärken. Selbst auf die Gefahr hin, daß Hilfslehrer und Zuschußempfänger als Nichtbeamte in der Schule stehen, wollen wir ihre Mitarbeit in der Schule erkämpfen. Stehen die Junglehrer außerhalb der Schule, so ist zu fürchten, daß sie allen Gruppen zugänglich sind, die ihnen materielle Güter versprechen; denn Hunger ist ein beredter Anwalt.

Wir Lehrer sind in der heutigen Zeit in der Zwickmühle: Sorgen wir für den äußeren Beamtencharakter unseres Berufs, dann bekommen wir noch mehr überfüllte Klassen. Dieser äußere Umstand, gepaart mit den Anforderungen des Lehrplans und der herrschenden Meinung von den Aufgaben der Schule, zwingt uns zum Aufgeben unseres Erziehungsideals. Ein weit Schlimmeres tritt ein: Die Erfahrung scheint dann zu bestätigen, daß die Verwirklichung unseres Ideals nicht möglich ist.

Reichen wir aber der Durchbrechung des formalen Charakters des Beamtenrechtes die Hand, indem wir die Mitarbeit nichtbeamteter Junglehrer fördern, so scheinen wir dem Staat

der Abstimmung über die Entschließung am 5. Dezember sich der Stimme enthalten habe. Die Ausführung der Beschlüsse sei daher für Japan nicht notwendig.

Edo Fimmen über den Fernen Osten.

K. H. Am 15. März hielt EDO FIMMEN, der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, in Bern einen Lichtbildvortrag über seine Reise nach dem Fernen Osten. Die ITF hat in Ostasien rund 300 000 Mitglieder und unterhält dort ein besonderes Sekretariat. Um die Verbindung mit diesen dunkelhäutigen Gewerkschaftskollegen besser zu gestalten, hat FIMMEN eine Reise nach Ostasien unternommen. Die britisch-indische Regierung und die holländische Kolonialregierung haben allerdings die Einreise verweigert. Das zeigt schon die Schwierigkeiten, die einer internationalen Transportarbeiterorganisation entgegenstehen.

Welche Verhältnisse fand FIMMEN in den wichtigsten anderen Ländern vor?

In dem Polizeistaat Japan sind die Gewerkschaften völlig zersplittert. Die einzige straff organisierte Organisation ist die der Seeleute. Die Organisation der Eisenbahner wird von der Regierung hintertrieben. Im Verhältnis zu den japanischen Lebensgewohnheiten fand FIMMEN die Arbeitsverhältnisse bei den gelernten Arbeitern weniger schlecht, als man in Europa allgemein annimmt.

In China aber ist die Lage furchtbar traurig. Die Kuomintang-Regierung hat die freie Gewerkschaftsbewegung vernichtet. Die von ihr selber gegründeten Gewerkschaften sind faschistische Organisationen. Es gibt nur wenige illegal arbeitende Gewerkschaftsgruppen. Streiks gegen chinesische Botribo sind unzulässig. Es ist nicht erstaunlich, daß bei diesen Verhältnissen die Lage des chinesischen Arbeiters erbärmlich ist, und daß die Bestimmungen des Fabrikgesetzes nicht eingehalten werden.

Und doch: mit welcher Zähigkeit verteidigt der verelendete chinesische Proletarier sein Heimatland gegen den japanischen Einmarsch! In dieser Aufopferung und Zähigkeit liegt die Hoffnung für die Zukunft. Wenn es den ostasiatischen Proletariern nur einmal gelingt, diese großen Kräfte für die eigene Sache einzusetzen, dann wird es auch dort vorwärts gehen. (Nach der „Berner Tagwacht“.)

Polen und Lettland.

Wirtschaftliche und andere Beziehungen.

Riga, 20. März.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Lettland über die Erweiterung des gegenseitigen Warenaustausches, die seit einigen Tagen in Riga geführt wurden, sind auf einige Tage unterbrochen worden, um den Vertretern Zeit zu geben, sich mit ihren Regierungen und Wirtschaftskreisen über die gegenseitigen Vorschläge in Verbindung zu setzen. Die polnischen Vertreter reisten nach Reval, da Polen bekanntlich ähnliche Verhandlungen auch mit Estland führen will.

In Riga ist der Vorsitzende der Warschauer polnisch-baltisch-skandinavischen Handelskammer eingetroffen, der bei der Fortführung der Verhandlungen am Montag an den Beratungen teilnehmen soll.

Auf Verfügung der lettischen Regierung sind bis jetzt im ganzen neun polnische Schulen geschlossen worden. Sechs von diesen Schulen wurden vom Polnischen Verband in Lettland unterhalten. Als Beweggrund der Schließung der polnischen Schulen wird angegeben, daß die Schüler zum größten Teil nicht der polnischen Nationalität angehört haben, die Schulen somit der Polonisierung dienten.

eine Handhabe zu geben, gegen die Beamtenrechte des Lehrers vorzugehen, sobald er daran ein Interesse haben sollte.

Wo liegt der Ausweg?

Wir haben erkannt, daß wir nur dann von Beamtenrechten sprechen können, wenn wir an unsere wahre Aufgabe in der Schule, an das Amt der Bildung, denken. Diese Pflicht zu erfüllen — nicht irgend etwas zu tun, was man uns als Pflicht vorsetzt —, ist unsere vornehmste Aufgabe. Die Möglichkeit, in der Schule vernünftig zu arbeiten, ist von äußeren Bedingungen, z. B. von dem Unterhalt für Lehrer, abhängig. Eine solche äußere Bedingung aufzubauen, ist der Sinn des Trags „Leineberg“: Mit Hilfe unseres Geldes, das wir so wie so geben, Junglehrer in den Arbeitsprozeß der Schule einzustellen.

Gelingt es uns, die Regierung für unsern Antrag zu gewinnen, dann ist unser Einfluß auf die Regierung gewachsen, weil wir den Nachweis liefern können, daß wir das öffentliche Amt des Lehrers in einer wirtschaftlichen Notzeit gesichert haben. Wir haben dem Staat geholfen, die Aufgabe der Erziehung durchzuhalten unter Zurückstellung — ja vielleicht unter Gefährdung — eines bloß äußerlichen Beamtenrechtes. Die Regierung fühlt dann, daß ein geschlossener Wille das Handeln des preußischen Lehrervereins beherrscht, ein Wille, der seine Ziele verfolgt unter Aufbringung von Opfern materieller Natur für ein nichtmaterielles öffentliches Interesse. Sollte ein Kampf zwischen dem Staat und der Lehrerschaft um die Rechte des Beamtenrechtes entstehen, so können wir in diesen Kampf gerüstet hineingehen; an unserer Seite werden die Junglehrer stehen, die es erlebt haben, wie wir das Beamtenrecht des Lehrers auffassen.

5.

In diesem Aufsatz ist nur ein Stück der Begründung des Antrags „Leineberg“ enthalten. Weitere Gründe finden wir im „Funken“ Nr. 5, vom 7. Januar 1932. Wer die wirklichen Hintergründe des Schulabbaus erkundet, wird finden, daß durch den Stellenabbau die Einheitsschule gefährdet ist. Denn die Folge der überfüllten Klassen wird nicht sein, daß sich die öffentliche Meinung gegen den Schulabbau kehrt, sondern unter dem Einfluß der Besitzenden wird man diesen Abbau für notwendig halten und auf die Erfahrung hinweisen, daß früher die Lehrer 80 bis 100 Kinder in einer Klasse unterrichtet haben. Die Besitzenden ihrerseits werden aber ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß ihre Kinder diese vollen Klassen nicht besuchen. Die Einheitsschule ist im Entstehen schon wieder zerschlagen.

An dem Beispiel, wie der DLV den Junglehrern helfen kann und soll, sehen wir alle Probleme der heutigen Schule und die Aufgaben der Lehrerverbände. Aber auch nur am lebendigen Beispiel gewinnen die Ideen Gestalt, drängen zur Klärung und fordern auf zu Taten.

Nazis in den Gewerkschaften.

Zur „Hib“-Aktion der NS.

Am 1. September vorigen Jahres wurde von Seiten der NS die „Hib“-Aktion (Hinein in die Betriebe!) begonnen. Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisationen (NSBO) wurden gegründet: überall sollten sie planmäßig ausgebaut werden, um das Eindringen der NS in die Betriebe zu ermöglichen. Für Berlin wurde z. B. das Programm aufgestellt, bis Ende des Jahres 1931 12 000 Arbeiter für die NSBO gewonnen zu haben. Dies ist zweifellos nicht gelungen. In einem Erlaß aus München vom 12. Februar wird nun nochmals dringend auf die Notwendigkeit der Hib-Aktion hingewiesen und ausdrücklich angeordnet, daß jedes NS-Mitglied in der NSBO sein muß. Überall sollen die Karthoteken kontrolliert werden, um festzustellen, ob es noch Parteimitglieder gibt, die nicht in der NSBO organisiert sind. Die Säumigen sollen schleunigst herangezogen werden. „Kapp-Putsch-Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen!“ So heißt es zur Begründung der Dringlichkeit der Aktion. Man will für alle Fälle gerüstet sein. Darum wird nun auch aufgefodert, zur Unterstützung der Hib-Aktion die sozialpolitische Schulung der nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre in Angriff zu nehmen. Denn daß man gegen die „Marxisten“ in den Betrieben nicht mit den Illusionen vom Dritten Reich auskommt, ist inzwischen auch in München bekanntgeworden!

Wir rechnen also damit, daß die Bemühungen der NS zur Eroberung der Betriebe fortgesetzt werden. Wir haben in den vergangenen Wochen in Berlin erlebt, daß sie sich ihre Agitation etwas kosten lassen! Vor fast allen größeren Betrieben wurden tage- ja wochenlang nationalsozialistische Flugblätter verteilt. Auch Betriebsversammlungen wurden vielfach einberufen, meist mit dem Thema: Der Verrat der Gewerkschaften. Allerdings war hier meist kein großer Erfolg zu verzeichnen!

Am besten entwickeln sich anscheinend die NSBO dort, wo die Betriebsleitungen sie begünstigen und wo bei den vorgenommenen Entlassungen tüchtige freigewerkschaftliche Kollegen vorzugsweise entlassen werden, so z. B. bei Siemens. Allzu aktiv ist aber auch dort die NSBO nicht geworden. Immerhin droht hier die größte Gefahr: durch Begünstigungen seitens der Unternehmer kann es den NS bei der heutigen Krise am ehesten gelingen, sich in den Betrieben festzusetzen und auch allmählich Einfluß zu gewinnen. Bisher ist die Zahl der nationalsozialistischen Betriebsräte noch gering. Möglich, daß sie sich in diesem Jahre, falls Wahlen stattgefunden hätten, etwas vergrößert hätte.

Aus Äußerungen führender NS geht deutlich hervor, daß die Betriebszellen der NS die Grundlage für spätere nationalsozialistische Berufsgewerkschaften abgeben sollen, und daß die freien Gewerkschaften später zerstört werden sollen. „Wir NS zerschlagen Euch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen Euch die Gewerkschaften. Darum müßt Ihr Unternehmer und Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Agitation und dem Geiste der Arbeiterschaft anzupassen.“ (Zitiert aus der „Graphischen Presse“ vom 5. Februar 1932; Äußerung einer nationalsozialistischen Monatsschrift.)

Vorläufig aber sollen alle NS in ihren Gewerkschaften — es heißt ausdrücklich auch in den freien Gewerkschaften — bleiben, um auf die „marxistische“ Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen. Gelungen ist ihnen bisher nur der Einbruch in den DIIV (Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband). Hier kann man geradenwegs von einer Eroberung des Verbandes durch die NS sprechen. Kein Wunder: denn in diesem „nationalen“ und ständigen Verband war alles vorbereitet für ihre Agitation. In den christlichen und den freien Gewerkschaften ist das Feld schwieriger zu erobern, weil gegensätzliche Weltanschauungen zu überwinden sind. Daraus folgt für die freien Gewerkschaften, daß der beste Widerstand gegen ein Eindringen nationalsozialistischer Ideen und natio-

nalsozialistischen Einflusses in der Stärkung der sozialistischen Gesinnung liegt.

Aber sollten nicht vielleicht die Gewerkschaften auch organisatorische Maßnahmen ergreifen, um alle NS aus ihren Reihen fernzuhalten? Es ist interessant, daß diese selber sich auf die „von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität“ berufen und ihre Mitglieder anweisen, in deren Schutz ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften zu entfalten. Auch der „Funke“ tritt entschieden für die Wahrung der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften ein und weist alle Bevorzugungen und Benachteiligungen von Mitgliedern zurück, die nur auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit erfolgen. Soll dies Prinzip für den NS-Halt machen? Solange die nationalsozialistischen Gewerkschaftsmitglieder die Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaften achten und keinerlei parteipolitische Propaganda in den Gewerkschaften treiben, solange besteht kein Grund, sie aus den Gewerkschaften auszuschließen. Das ist bisher auch noch von keiner Seite aus verlangt worden. Ob ein NS es vereinbaren kann, gleichzeitig einer freien Gewerkschaft, die ihrem Programm zufolge auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und der auf entgegengesetztem Boden stehenden NSDAP anzugehören, ist zunächst seine Sache.

Es ist wichtig, daß wir von dem Grundsatz parteipolitischer Neutralität in den Gewerkschaften nicht abgehen und *wirklich alle darin aufnehmen, die auf dem Boden der Gewerkschaften für ihre wirtschaftlichen Interessen eintreten.* Wie leicht ließen sich sonst z. B. Argumente gegen die Mitgliedschaft von Kommunisten in den Gewerkschaften anführen unter Hinweis auf gewerkschaftsfeindliche Beschlüsse des ZK, oder gegen Katholiken mit der Begründung, daß der Papst sich gegen alle freien Gewerkschaften erklärt hat, oder auch gegen die Mitgliedschaft von SP-Mitgliedern, weil die SP die Gewerkschaftskämpfe hindert. Es hinge dann tatsächlich nur noch von der jeweils herrschenden Richtung ab, gegen welche Parteimitglieder Beschlüsse zustande kämen, und die Parteikämpfe nähmen kein Ende, zum Schaden der Gewerkschaften. Außerdem würden oft gerade tüchtige Gewerkschaftskollegen ausgeschlossen, die sogar vielleicht nach kurzer Zeit ihre Parteimeinung geändert hätten! Es gibt z. B. viele Kommunisten, die der Aufforderung ihrer Partei zum Bruch der Gewerkschaftsstatuten nicht Folge leisten und weiter gute Gewerkschaftsarbeit leisten.

Natürlich gilt es, bei den Gewerkschaftsmitgliedern, die als überzeugte NS-Anhänger auftreten, besonders achtsam zu sein, damit sie nicht eine heimliche Zellen- und Wühlarbeit gegen die Gewerkschaften beginnen. Tun sie dies, so soll man sie als gewerkschaftsschädigend ausschließen. Gegen eine bloße „Infizierung“ der Mitgliedschaft mit nationalsozialistischen Ideen aber gibt es Mittel der Abwehr: Aufklärung und Schulung der Mitglieder.

Aber der antifaschistische Abwehrkampf der Gewerkschaften? Er soll selbstverständlich mit aller Energie geführt werden, — und damit also auch der Kampf gegen alles, was die Nationalsozialisten gegen das Lebensinteresse der Gewerkschaften unternehmen. Denn parteipolitische Neutralität heißt hier nur, daß den Kollegen als Mitgliedern der freien Gewerkschaften keine Vorschriften über ihre Parteizugehörigkeit gemacht werden. Sie bedeutet aber nicht politische Neutralität. Da eine Herrschaft der NS eine Vernichtung der Gewerkschaften als selbständiger Organisationen zur Folge hätte, ist, wie z. B. die Schuhmacher-Zeitung vom 5. Februar 1932 in einem Aufsatz über „Gewerkschaftliche Neutralität und Nationalsozialismus“ richtig darlegt, schon das Interesse an ihrer eigenen Erhaltung ausreichend, zur Forderung des antifaschistischen Abwehrkampfes durch die freien Gewerkschaften.

Maria Hodann.

Die christlichen Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung.

t Berlin, 20. März.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm, wie die „Germania“ am 20. März berichtet, zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Nach dem Reichswirtschaftsrat treten nunmehr also auch die christlichen Gewerkschaften auf den Plan in Konkurrenz zu den freien Gewerkschaften. Ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bietet allerdings absolut nichts Neues; in ihm heißt es:

„Durchführung einer Arbeitsbeschaffungspolitik durch öffentliche Arbeiten, soweit sie im Interesse der Gesamtheit liegt und es sich um zusätzliche Arbeiten oder um solche Arbeiten handelt, die nötig sind, sonst aber nicht ausgeführt würden (Reichsbahn-, Reichspostaufträge, zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch Kommunen, Straßeneinstandssetzung, landwirtschaftliche Meliorationen, Hausreparaturen, Wohnungsteilungen usw.). Verstärkte Siedlungstätigkeit (Landarbeitersiedlung, Landarbeitereigenheimbau, Stadtrand-siedlung, Kleingartensiedlung).“

Die ganze Aerlichkeit des Programms zeigt sich besonders darin; daß auch die Frage der Finanzierung völlig offen gelassen wird. Denn was soll der orakelhafte Satz: Man solle die notwendige Kreditausweitung auf die am wenigsten bedenkliche Weise, ohne die Währung zu gefährden, vornehmen?

Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für Arbeitsbeschaffung

t Berlin, 20. März.

Auch der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände fordert die Reichregierung auf, einen Plan aufzustellen, der „mit Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung den Weg frei macht für einen Anstoß zur „Wiederbelebung der Wirtschaft“. Als Gegenstand der Arbeit wird erfreulicher Weise auch verstärkte Bauernsiedlung genannt. Der kleinbürgerliche Charakter des Programms ergibt sich daraus, daß an erster Stelle genannt wird: „Beschränkung von Rationalisierungsmaßnahmen“. (Wie wäre es also mit unserem Vorschlag, Kanäle mit Teelöffeln auszuheben?)

Mit der Behauptung, daß die Finanzierung das Kernproblem eines jeden Arbeitsbeschaffungsprogramms sei, wird wahrlich auch uns Bekanntes gesagt. Ferner ist es nun schon eine sehr abgeleierte Melodie, Kreditausweitung zu fordern „unter unbedingter Sicherung gegen jedwede Währungsgeföhrdung“!

Neue Arbeiter-Entlassungen.

Die Verwaltung der Mannesmannröhren-Werke AG., Düsseldorf, legt ihren Hauptbetrieb in Witten am 1. April still. Hierdurch werden etwa 600 Arbeiter und 70 Angestellte arbeitslos.

Deutsche Friedensgesellschaft: Mittwoch, den 23. März 1932, um 20.30 Uhr, im Schubertsaal, Bülowstr. 104: Politisch-satirischer Abend mit Resi Langer und ihren „Scharfschützen“. Niedrige Preise.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

die für die Zeit vom 20. März bis zum 2. April einschließlich angesetzt waren, sind auf Anregung der Hohenpriester und Schriftgelehrten durch die Reichsregierung verboten worden. Wir werden unsere Gäste, soweit uns die Adressen bekannt sind, zu einigen geschlossenen Veranstaltungen, die während dieser Zeit stattfinden, einladen. Wir bitten, die Einladungen als Ausweise mitzubringen.

Der Krieg gegen Hilflose.

Madrid, Mitte März.

H. P. Auf der vom Regen aufgeweichten Straße, die zum Schlachthaus von Madrid führt, zeigen unzählige Spuren, daß am Morgen schon Herden von Tieren aller Art den Weg zur Todesstätte genommen haben. Eine kleine Herde von Lämmern, die von einigen älteren Tieren mit Schellen geführt wird, trippelt noch vor mir. Einer der beiden Treiber ahmt das Bellen eines Hundes nach und schlägt mit der Peitsche auf die Lämmer ein, die sich in ihrer Harmlosigkeit bei einer Wasserpfütze aufgehalten haben, um den Durst zu stillen. Auf ihren Rücken ist ein roter Streifen gemalt — das Todesurteil, das durch keine Instanz mehr aufgehoben werden kann. In wenigen Stunden, ihr Lämmer, werden eure zerstückelten Leiber Gegenstände eines nüchternen Handels sein, zwischen parfümierten Damen, die euer Fleisch prüfend mit dem Zelfinger betupfen, und einem Fleischer, der für eure Leiber Metallstücke in eine Kiste streicht.

So mit den Lämmern in Gedanken sprechend, gelange ich mit ihnen zum großen Einfahrtstor des Schlachthofs. Ich trenne mich von den trippelnden, ahnungslosen Tieren, denn ich gehöre ja zu einer anderen Spezies, die man zwar auch gelegentlich zu Schlachtbänken führt, nur baut man für ihre Abschachtung keine besonderen Räumlichkeiten. Ich gehe in dieses Schlachthaus, um zu sehen, was man hier mit diesen Lämmern, Schweinen und Rindern tut. Und während ich durch die riesigen Hallen wandere, die erfüllt sind von den gellenden Schreien der Schweine, dem angstvollen Blöken der Kälber und den ersterbenden Seufzern der Lämmer, zwischen Bergen von dampfenden Eingeweiden und Seen von Blut, denke ich mit steigender Empörung an die Millionen der teigen Auftraggeber, die selber keine Stunde sich in dieser Hölle aufhalten, geschweige denn selber die Messer durch die Kehlen bohren möchten. Diese Auftraggeber, diese anonymen Mörder, können dank der raffinierten Einrichtung der Zentralisation der Abschachtung an einem entlegenen Ort der Stadt, täglich in Ruhe den Gelüsten ihrer Gaumen folgen, ohne sich Gedanken über das Wohler zu machen.

Im Schlachthaus von Madrid wird nur mit Messer und Speiß gearbeitet. Hier gibt es keinerlei Rücksichten auf die Tiere mit dem Ziele, ihnen das Sterben leicht zu machen. Reihenweise werden die Rinder aufgestellt und nacheinander mit einem Stich durch das Genick getötet. Die Tiere müssen im Blute der Vorgänger stehend und die Ermordung der Nachbarn vor Augen den eigenen Tod erwarten. Die Augen der Rinder spiegeln ein namenloses Entsetzen wider. Die Stiere wollen sich nicht widerstandslos abschachten lassen und wollen sich wehren. Im Schlachtraum sind an den Wänden eiserne Schutzschilde angebracht, hinter die sich die Schlächter flüchten, wenn ein Stier losgekommen ist.

Der Mord an den Schweinen, also an Tieren, deren Intelligenz besonders groß ist, geht mit einer unerhörten Rücksichtslosigkeit vor sich. Durch diesen Schlachtraum schallen in einem unheimlichen Rhythmus den ganzen Vormittag die Todesschreie dieser Tiere. Aus einem angrenzenden Pferch werden die Schweine herangeholt, geführt an einem Eisenhaken, den man durch den Rüssel gestossen hat, und auf einen Tisch von 4 bis 5 Metern gehoben. Ein großer Mann stößt das Messer in die Kehle des Tieres und ein breiter Blutstrom ergießt sich einige Sekunden lang in einen Kübel. Dann wird das Tier auf den Boden geworfen und in einen, auf einer tieferen Stufe befindlichen Trog mit heißem Wasser geschoben. Keins der Tiere kommt tot in den Trog. Manche schlagen im Trog noch so wild um sich, rennen von einer Seite zur anderen, so daß die am Trog beschäftigten Arbeiter schnell zurückspringen müssen, um sich nicht zu verbrühen. Die Schlächter fluchen und verwünschen das Tier, das den glatten Gang der Arbeit stört. Schon weit entfernt von dieser Halle höre ich noch lange das durchdringende Geschrei der Schweine, das beginnt, wenn der Eisenhaken in den Rüssel dringt und aufhört, wenn über die Hand des Schlächters der breite Blutstrom fließt. Von Oktober bis März wiederholt sich 500 Mal täglich dieses Schauspiel.

Je kleiner die Tiere, desto weniger Umstände werden gemacht. Die Kälber werden einfach niedergeworfen und nachdem sie den Stich erhalten haben, losgelassen. Dann wird zum nächsten Gefährten. Als ich in den Raum trat, sah ich schon eine lange Reihe der Tiere am Boden liegen, die noch leicht

aus dem Halse bluteten. Manchmal versuchte eins der Tiere noch den Kopf zu heben. Eben brachte man noch ein Kalb herein, das sich mit aller Kraft gegen den Transport stemmte. Dieser stumme Kampf des Tieres mit dem Schlächter, diese angstvollen Töne, die aus der zitternden Brust kamen, hatte etwas unendlich Ergreifendes. Täglich führen 400 Kälber diesen aussichtslosen Kampf.

Die Lämmer werden herdenweise in den Schlachtraum getrieben, wo sie sich dicht zusammendrängen und nur dumpf spüren, was mit ihnen geschehen soll. Ihre zierlichen Füße stehen im Blute der vor ihnen getöteten Artgenossen. Die Schlächter schleppen eins nach dem anderen, an einem Hinterfuß gefaßt, zum Schlächter, der das Messer führt. Die Tiere werden regelrecht aufgeschichtet, die Lebenden auf die Toten gelegt und mit dem tödenden Stich in die Kehle versehen. Im Augenblick sinkt der Kopf schlaff herab, wohl mehr infolge des Schreckens, als des Blutverlustes wegen, denn erst nach einigen Sekunden beginnt das Tier zu zappeln. Aber inzwischen liegen schon andere auf dem Körper, die durch das Gewicht das Tier festhalten. Das Blut fließt über die Köpfe der unten Liegenden; fast menschliche Seufzer dringen aus diesem Haufen junger, unschuldiger Leiber. Bei diesen Schlachtungen sind immer ärmliche Menschen mit Töpfen und sonstigen Behältern anwesend, die versuchen, das Blut, das aus den Kehlen der Tiere fließt, aufzufangen. Vom Oktober bis März verbluten täglich 5000 Schafe und Lämmer. Täglich fünftausend.

Nur zwei Stunden bin ich in den Schlachträumen gewesen, habe die Räume gesehen, wo Männer damit beschäftigt sind, Rinderköpfe zu zerkleinern, wo Frauen und Mädchen in dunstiger, stinkender Luft Haufen von Eingeweiden zerpfücken und sah die enge Pferche, in denen dicht gedrängt die Schlachtopfer des folgenden Tags vergeblich versuchen, für den müden Leib, der kreuz und quer mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt ist, ein ausreichendes Plätzchen auf dem Boden zu suchen. Es gelingt mir kaum die Vorstellung, daß diese Hölle sich Tag für Tag wiederholt, ja, daß dieser Schlachthof nur ein Zwerg ist gegenüber den Mordanlagen in anderen, größeren Städten.

Zum 2. Wahlgang Hugenberg und andere Reaktionäre.

h Berlin, 19. März.

Die DNVP erklärt, daß für sie „eine aktive Beteiligung an der zweiten Reichspräsidentenwahl“ nicht in Frage komme.

Der Gesamtverband der Vereinigten Vaterländischen Verbände hingegen hat aufgefördert, im zweiten Wahlgang HITLER zu wählen. Und das Bundesamt des „Stahlhelm“ teilt dazu mit: „Die Stellungnahme der Vereinigten Vaterländischen Verbände für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bindet weder den „Stahlhelm“ noch den „Königin-Luise-Bund“, die den Vereinigten Vaterländischen Verbänden nicht mehr angehören.“

Stimmenverlust der NS in Bremen?

Die nach den Wahlen vielfach aufgestellte Behauptung, die NSDAP habe ihren Höhepunkt überschritten, wurde darauf gestützt, daß die NS in Bezirken, in denen seit der Reichstagswahl Landtagswahlen stattgefunden haben, gegenüber diesen Landtagswahlen Stimmenverluste hatte. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dies keineswegs durchweg der Fall war — Stimmenzuwachs in Oldenburg! — und daß die Verluste in Hamburg und Hessen sehr gering sind. Etwas anders liegen die Verhältnisse in Bremen. In der Stadt Bremen sind abgegeben worden

NS-Stimmen

bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930: 22 032
bei den Bürgerschaftswahlen am 30. November 1930: 45 713
bei den Reichspräsidentenwahlen am 13. März 1932: 36 253
(nicht 26 253, wie wir am 16. März meldeten).

Was besagen diese Zahlen? Die Bremer Bürgerschaftswahlen haben nur wenige Wochen nach den Reichstagswahlen stattgefunden. Sie standen völlig unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Sieges vom 14. September. Ich habe selber im Oktober 1930 bei einem Besuch in Bremen gemerkt, wie stark dieser Sieg für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen NS-Propaganda machte.

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen hält diesen Konjunkturaufschwung fest. Er hat sich in diesem Ausmaß nicht gehalten. Aber die Vergleichung der Zahlen von der Reichstagswahl und von der Reichspräsidentenwahl zeigen, daß die NSDAP auch in Bremen nicht ungefährlich geworden ist.

So wirbt man auch SA.-Männer!

E. B. Braunschweig.

Sonntag mittag. Es klingelt. Wieder ein Bettler. Er ist verhältnismäßig gut gekleidet und sieht auch noch gut ernährt aus. Man merkt es seinem Benehmen an, daß er noch nicht lange von Tür zu Tür geht. Ich knüpfte ein Gespräch mit ihm an. Er schildert mir seine trostlose, wirtschaftliche Lage und zeigt mir einen Pfandleihschein über 10 Mark, geliehen auf einen Anzug. „Wenn ich nur das Geld zusammenkriege! Der Anzug ist wie neu, er ist ja viel mehr wert.“ Ich versuche dem Gespräch eine andere Richtung zu geben und rolle die Frage auf: „Wie kommt es, daß Menschen, die gern arbeiten wollen sich ein Elendsleben führen müssen?“ Der Mann sagt mir, er sei unpolitisch. Das weitere Gespräch zeigt mir, daß die Gedanken des Mannes immer wieder auf einen Punkt zurückkommen, wie bringe ich das Geld zusammen, wie kriege ich meinen Anzug wieder? „Ich würde ja auch in die SA eintreten, aber ich weiß nicht, was mir dann passieren könnte. In der Gegend wo ich wohne, kann ich mich dann nicht mehr sehen lassen.“ Ich bin erstaunt. Hat der Mann mich nicht verstanden, hält er mich für einen Nationalsozialisten? Ich forsche weiter. Darauf erzählt er mir, daß im Laufe des Vormittags von Damen in „herrschaftlichen“ Wohngegenden (Braunschweig, Friedensallee, und Jerusalem Straße) zweimal Geld geboten sei, einmal 50 Mark, einmal 20 Mark, wenn er SA-Mann würde.

Diesen Mann hielt also, wie er selbst bekannte, nur die Angst vor Straßenmitbewohnern (er wohnte in einem Kommunistenviertel), davon ab, sich für Geld an die NSDAP zu

verkaufen. Wieviele, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, bei denen der geschilderte Umstand nicht besteht, mögen gekauft sein von der NSDAP.

Noch kein Ergebnis der Severing-Aktion.

Severing spricht und — schweigt.

f Düsseldorf, 19. März.

In einer Massenkundgebung des Aktionsausschusses der „Eisernen Front“ sprach am Sonnabend vor etwa 10 000 Zuhörern SEVERING über den „Kampf um Preußen“. Auf den Vorwurf, seine Aktion gegen die NS sei Wahlmache, antwortete er: Ich kann nichts dafür, daß die Sturmabteilungen in der Nacht vom 13. zum 14. März mobilisiert worden sind. HITLER hat betont, daß die jetzigen Inhaber der Staatsgewalt von Schreck vor dem Nationalsozialismus erfüllt sind. Ich sage dazu: Und wenn es noch so viel Nationalsozialisten in Deutschland gibt, hier steht einer, der keine Furcht hat, und mit mir stehen Abertausende, die das Gleiche sagen.

Ueber den Erfolg seiner Aktion, über das Ergebnis der Haussuchungen äußerte SEVERING sich nicht.

SP unterstützt Severing.

a Darmstadt, 19. März

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat beim Landtag beantragt, die hessische Regierung möge alle militärisch-organisierten Wehrverbände der NSDAP mit sofortiger Wirkung auflösen und ein gleiches Ersuchen an die Reichsregierung und an die übrigen deutschen Länderregierungen richten.

n Stuttgart, 20. März.

Auf der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns erklärte BREITSCHIED u. a.: Vom Reichsminister GROENER werde behauptet, er sei von Preußen abgerückt. GROENER habe das dementiert, aber sein Verhalten gebe doch zu ernster Kritik Anlaß.

Die Versammlung faßte eine Entschliebung, in der verlangt wird, daß „die Reichsregierung im Benehmen mit den Länderregierungen entsprechend dem Vorgehen der preussischen Regierung mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die HITLER-Privatarmee einschreite.“

Inzwischen läßt HITLER Vertreter der Auslandsprezzo durch Hauptmann GÖRING empfangen und mit triumphierenden Mitteilungen über die Ergebnislosigkeit der Aktion SEVERINGS versorgen.

Erklärung der thüringischen Regierung.

SA war zusammengezogen.

p Weimar, 19. März.

In der Nacht nach dem Wahltage sind, wie das thüringische Innenministerium mitteilt, in einer Anzahl von Orten Thüringens größere Abteilungen von Mitgliedern der SA zusammengezogen worden. Das Ministerium werde Vorsorge treffen, daß sich solche Dinge beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl nicht wiederholen.

Urteil im Schultheiß-Prozeß.

3 Monate Gefängnis für Katzenellenbogen.

h Berlin, 19. März.

Im SCHULTHEISS-PATZENHOFER-Prozeß, der seit dem 29. Januar die auf Grund der Notverordnung zusammengetretene Dritte Große Strafkammer beim Landgericht I beschäftigte, wurde Sonnabend mittag das Urteil verkündet.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 28. März erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M., zuzüglich 36 Pf. Postgeld.

Generaldirektor LUDWIG KATZENELLENBOGEN wurde wegen Bilanzverschleierung zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 10 000 Mark, ersatzweise einem weiteren Monat Gefängnis, vorurteilt. Von der Anklage der Untreue wurde KATZENELLENBOGEN freigesprochen. Die Gefängnisstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Generaldirektor PENZLIN erhielt wegen Bilanzverschleierung anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 10 000 Mark und eine weitere Geldstrafe von 10 000 Mark, ersatzweise einen Monat Gefängnis.

Das Verfahren wegen Prospektbetruges im Sinne des Paragraphen 88 des Börsengesetzes wurde gegen KATZENELLENBOGEN und PENZLIN eingestellt.

Die drei weiteren Angeklagten, Generaldirektor Kommerzienrat Dr. SOBERNHEIM und die Direktoren KUHLMAY und FUNKE wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Neuer Uralzeff-Prozeß.

h Berlin, 19. März.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen den in Estland geborenen staatenlosen Kaufmann und Apotheker MICHAEL ALEXANDER URALZEFF-MALJAWSKI und den Dresdener Rechtsanwalt Dr. WALTER TÜRK. Beide werden des gemeinschaftlichen, teils vollendeten und teils versuchten Betruges beschuldigt. URALZEFF hat sich außerdem noch wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Im Dresdener URALZEFF-Prozeß im Juli 1931 war URALZEFF wegen gemeinschaftlichen Betruges, vollendeten und versuchten Betruges und schwerer Urkundenfälschung rechtskräftig zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Rechtsanwalt TÜRK hatte damals wegen versuchten Betruges und Untreue zehn Monate Gefängnis erhalten.

Brüning im Osterfleden.

h Berlin, 19. März.

Reichskanzler BRÜNING wird am Montag nach Weimar abreisen, um an den GOETHE-Feierlichkeiten teilzunehmen, die am Dienstag, dem Todestage GOETHES, ihren Höhepunkt erreichen. Der Reichskanzler wird dann seinen Osterurlaub antreten, den er in Bayern verbringen wird.

Oster-Rückfahrkarten.

h Berlin, 19. März.

Die Festtagsrückfahrkarten gelten vom 23. März früh bis zum 4. April 24 Uhr. Die Hinfahrt kann erfolgen in den Tagen vom 23. bis 28. März einschl. und muß bis 28. März 24 Uhr beendet sein. Die Rückfahrt kann erfolgen vom 24. März 12 Uhr mittags und muß bis 4. April 24 Uhr beendet sein. Die Festtagsrückfahrkarten haben eine Ermäßigung von 33 1/2 Prozent gegenüber dem normalen Fahrpreis. Sie werden diesmal von allen Bahnhöfen der Reichsbahn nach allen Bahnhöfen der Reichsbahn ausgegeben. Eil- und D-Züge können gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags benutzt werden.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 22. März.

Berlin:

12.30 Konzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters.

Hamburg:

18.05 Dir. Dr. WEYGOLD: Meine Erlebnisse auf der Tibet-Expedition.

Königswusterhausen:

17.50 Prof. AUFHAUSER: Die Ausbreitung des Christentums in der Welt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 29/29.

ISK

7. JAHRGANG

8. HEFT

MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Stattistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes.
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr.Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

WAHN-EUROPA 1934

Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24
Bahrenstraße 8. Postcheck: Hamburg 83167

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepresst, daher wertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost Reformhaus

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkauf unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Soeben erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinenkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweih-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Spacht: Vom Sinn der Jugendweih • Leonard Nelson:
- Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit • Minna
- Spacht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede • Hallmyrh
- Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Gegen die NS in der Tschechoslowakei. Weiße Massenverhaftungen.

v Prag, 20. März.

Am Sonnabend erfolgten in der ganzen Tschechoslowakei weitere Massenverhaftungen von Nationalsozialisten.

In der „Prager Presse“ äußert sich der tschechoslowakische Innenminister SLAVIK über die Verhaftungen der deutschen nationalsozialistischen Volkspolizei. Er sagt u. a.: Es wurde festgestellt, daß in Prag eine Bezirksleitung des Vereins besteht, die den Behörden nicht gemeldet worden ist. Ihre Tätigkeit wurde unterbunden und Haussuchungen vorgenommen. Dabei wurden verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt, die auf den Verdacht hinweisen, daß es sich um eine Geheimorganisation handelte. Diese Geheimorganisation hatte ihre Tätigkeit nach militärischer Art entwickelt, wobei sie mit ähnlichen reichsdeutschen Organisationen in Verbindung stand, von denen es bekannt ist, daß sie die Vereinigung aller Deutschen, und zwar auch jener anstreben, die in anderen Staaten als in Deutschland leben, also auch in der Tschechoslowakei. Dadurch war ihre Tätigkeit gegen die Verfassungseinheit der Tschechoslowakei gerichtet. Die Untersuchung dieser Tätigkeit ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Behörden erlauben den deutschen Nationalsozialisten bis auf weiteres keine Kundgebungen unter freiem Himmel. Weiter wird das Auftreten fremder Staatsangehöriger als Redner in Versammlungen der Nationalsozialisten nicht geduldet. Es liegt nur an der weiteren Haltung der Partei, ob die Behörden nach einiger Zeit von ihrem Vorgehen wieder Abstand nehmen können oder ob sie gezwungen sein werden, gegen die Partei weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Soldatenselbstmorde in der Tschechoslowakei.

v Prag, 20. März.

Das Verteidigungsministerium hat den Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses eine Statistik über die Soldatenselbstmorde in den Jahren 1927 bis Ende 1931 vorgelegt. In dieser Zeit haben 390 Soldaten Selbstmord begangen. Nach dem amtlichen Bericht sei in keinem einzigen Falle der Selbstmord auf schlechte Behandlung seitens der Vorgesetzten zurückzuführen. Das tschechisch-sozialdemokratische „Pravo Lidu“ erklärt, daß diese ganze Statistik kein Vertrauen einflöße, denn es sei ausgeschlossen, daß unter den Soldatenselbstmorden kein einziger auf Mißhandlung zurückzuführen sei.

Faschistenfreunde.

p Lissabon, 20. März.

Der Privatsekretär DURKHART des verstorbenen Kodak-Millionärs GEORGE EASTMAN, ist in Lissabon eingetroffen. Von hier wird er nach Rom weiterfahren, um MUSSOLINI den Betrag von 1 Million Dollar zu überreichen. Es handelt sich, wie „Diario Lisboa“ meldet, um eine Stiftung EASTMANS zum Bau eines Hospitals für die jungfaschistischen Organisationen.

Indien in Not.

Engländer, Mohammedaner und Hindus.

m London, 19. März.

In einem Bericht an die indische Regierung hat der in Indien weilende beratende Ausschuß der englisch-indischen Konferenz mitgeteilt, daß es ihm nicht gelungen sei, in den kommunalen Fragen zwischen den Hindus und den Mohammedanern eine Einigung herbeizuführen. Die indische Regierung hat darauf an die englische Regierung eine Note gesandt, in der diese darum gebeten wird, die Regelung der kommunalen Fragen gemäß der bei der Beendigung der englisch-indischen Konferenz erfolgten Regierungserklärung selber

in die Hand zu nehmen. Die englische Regierung erklärt hierzu, daß das Fehlschlagen der Verhandlungen an Ort und Stelle die vorgesehene Entwicklung keineswegs verhindern solle. Sie sehe sich daher gezwungen, einen vorläufigen Plan in Anwendung zu bringen. Die englische Regierung sei sich ihrer gegebenen Versprechungen voll bewußt und werde keinerlei vermeidbare Verzögerung in der Lösung der kommunalen Frage eintreten lassen.

Deutsch-französisch-polnisches Kaliabkommen.

h Berlin, 19. März.

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Kalisyndikat und Vertretern der französischen und der polnischen Kaliindustrie sind jetzt zum Abschluß gebracht worden. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, in dem alle einschlägigen Fragen in der Weise geregelt wurden, daß die polnische Kaliindustrie unter Wahrung ihrer inländischen Interessen zweckentsprechend der deutsch-französischen Organisation angegliedert wurde.

Stegerwald über Verständigung. Es lebe die Wirtschaft!

k Paris, 19. März.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Journal“ erklärte der Reichsarbeitsminister STEGERWALD zur Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit, es sei besser vom Besonderen zum Allgemeinen vorzugehen, d. h. zuerst die Zusammenarbeit auf besonderen Industriezweigen wie Elektrizität, Metallurgie und chemische Industrie zu suchen. Der Weg zur Verständigung der Geister führe über die wirtschaftliche Verständigung.

Dr. Schreiber über Verständigung. Gegen Rußland.

h Paris, 21. März.

Der Vertreter des „Petit Journal“ hatte außer mit STEGERWALD auch mit dem Berliner Bischof DR. SCHREIBER eine längere Unterredung, in der ebenfalls von internationaler Verständigung die Rede war. Bemerkenswert ist eine Äußerung über die deutsch-polnischen Beziehungen, die SCHREIBER dabei machte. Er erklärte: Polen brauche die deutsche Unterstützung wegen der engen Nachbarschaft mit Rußland. Sicherlich könne es sich bereits auf Frankreich stützen, aber Frankreich liege sehr weit. Leider gebe es zwischen Deutschland und Polen die Frage des Danziger Korridors. Er wisse sehr wohl, daß Polen einen Ausgang nach dem Meer brauche. Aber man könne sicherlich auch eine Lösung finden, die den Interessen beider Länder gerecht werde und so die wünschenswerte Verständigung zwischen den beiden Staaten herbeiführe.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.			Jenseits.
	Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.	Vorwoche.	Vorjahr.	Hamburg. unverzollt. 19. 3.
Weizen	24,87	24,65	28,43	10,88
Roggen	19,53	19,40	18,18	9,35
Braugerste . . .	18,70	19,27	22,67	—
Futtergerste . .	17,46	18,13	21,38	9,78
Hafer	15,93	16,15	16,05	7,69
Weizenmehl . . .	32,81	33,—	37,42	—
Roggenmehl . . .	27,38	27,41	27,68	—

Regierungsmaßnahmen gegen die Krise. Subventionen.

k Paris, 19. März.

Für die größte französische Schiffahrtsgesellschaft, die Compagnie Générale Transatlantique, wurde bekanntlich erst vor kurzem von der Kammer ein Stützungskredit von 110 Millionen Franken verabschiedet, der die Aufrechterhaltung des Betriebes für die nächsten sechs Monate verbürgen soll. Damit sind jedoch die finanziellen Schwierigkeiten der Gesellschaft nicht behoben. Die Gesellschaft hat Anfang vergangenen Jahres das größte Schiff der Welt, die „Super Ile de France“, mit einer Wasserverdrängung von 70 000 Tonnen auf Kiel gelegt. Sie wird sich bald gezwungen sehen, den Bau einzustellen, da die nötigen Mittel fehlen. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat aus diesem Grunde in der Kammer einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der die Regierung ermächtigt, der Gesellschaft einen neuen Kredit zur Verfügung zu stellen, um den Bau des Ozeanriesen und einiger anderer Schiffe beenden zu können.

Die Baukosten der „Super Ile de France“ sind vorläufig auf etwa 700 Millionen Franken veranschlagt. Man rechnet aber schon jetzt mit mindestens einer Milliarde. Das Schiff soll 1934 auf dem Nordatlantik in Dienst gestellt werden, um mit den deutschen Dampfern „Bremen“ und „Europa“ wirksam in Wettbewerb zu treten.

Verzicht auf die Goldwährung.

x Valparaiso, 19. März.

Die Regierung von Chile hat beschlossen, den Goldstandard aufzugeben. In der Begründung heißt es, der Peso solle seinen eigenen Wert finden, der wahrscheinlich um 50 Prozent unter dem Gegenwartswert liege.

Der Beschluß der Regierung erlangt nach Billigung durch den Kongreß Gesetzeskraft.

z Santiago de Chile, 20. März

Die chilenische Regierung hat dem Präsidenten ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

Steuern.

f Washington, 20. März.

In einer außerordentlich lebhaften Sitzung erzwang das Abgeordnetenhaus am Freitag zwei wichtige Änderungen der neuen Steuervorlage, die Steuererhöhungen für große Einkommen vorsehen. U. a. wurde die Wiedereinführung der bereits während des Krieges gültig gewesenen Steuerzuschläge bis zu 65 Prozent für große Einkommen und die Erhöhung der Steuer für Einkommen über 8000 Dollar von 6 auf 7 Prozent beschlossen. Nach Lage der Dinge ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die Einkommensteuervorlage, die Einnahmen von über einer Milliarde Dollar vorsieht, in ihrer ursprünglichen Form angenommen werden wird. Die Führer sowohl der Demokraten, als auch der Republikaner waren sich zwar durchaus einig, daß die Einkommensteuersätze gemäß der ursprünglichen Vorlage hoch genug seien und daß die 595 000 Dollar der Vorlage über zusätzliche Einnahmen eingebracht werden sollen durch die sogenannte Verkaufssteuer, die etwa mit der deutschen Umsatzsteuer zu vergleichen ist. Aber die Abgeordneten der beiden Parteien beschlossen über die Köpfe der Führer hinweg an Stelle der Verkaufssteuer die Erhöhung der Einkommensteuer für große Einkommen.

Der Unterausschuß des amerikanischen Senats hat die Vorlage über die Genehmigung der Herstellung und des Ausschanks von vierprozentigem Bier angenommen. In der Begründung wird ausgeführt, daß dieses Gesetz die Steuereinnahmen erhöhen und der Landwirtschaft sowie dem Geschäftsleben Hilfe bringen würde.

Diskontsenkung in Italien.

Der italienische Bankdiskont wurde am Montag von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Packelreiter-Verlag, Berlin

(68. Fortsetzung.)

Wie Tiere verbissen sie sich ineinander. Ueber den Pont Alexandre preschte ein Panzerauto heran. Ein Teil der Massen, der sich flüchtend schon bis zur Mitte der Brückenbahn gewälzt hatte, um das andere Ufer zu erreichen, wurde vom anfauchenden Panzerauto zurückgejagt. In wilder Panik drängten sich Hunderte gegen das Brückengeländer.

Die Maschinengewehre des gepanzerten Autos feuerten ohne Erbarmen. Zahllose Menschen wurden über die Leichenberge und die Geländer hinweggespült und in den Fluten der Seine gestoßen. Schreie Ertrinkender erschütterten die Nacht.

Jetzt donnerten drüber am Quai des Tuileries auch Geschütze. Granate um Granate heulte über den Fluß. Menschenhaufen zerfetzten. Das Panzerauto mähte sich seinen Weg.

Im Süden, vom Hôtel des Invalides her, schmetterten Kavalleriesignale. Pferdehufe galoppierten. Schwadronen ritten gegen den Pont Alexandre an. Vor ihnen her keuchten Schetzte Menschentiere.

Den Kessel sprengen! Mehr wollten im Augenblick die umzingelten Massen nicht. Die Attacke der Schwadronen brach sich in den Bergen von Menschenleibern. Jetzt setzte die Flut der Gehetzten von neuem an. Jenseits der aufgerissenen Schwadronen winkte freie Fläche und Freiheit! Eine brüllende, tosende Lawine übersprang den breiten Wall von Leichen, durch die aufgelöste Kavallerie hindurch. Was nicht totgetrampelt wurde, geriet in den verzweifelten, klagenden Strom, der nach Westen abrauschte wie ein wütender Fluß, der seine Dämme durchstieß.

Die Menschenschwaden ergossen sich in die Straßen, die nach Südwesten zum Champ de Mars führen. Die ungeheure Fläche des Champ de Mars verwandelt sich in Minuten zu einem chaotischen Menschenmeer. Noch sind hier keine Truppen, nur schwache Polizeiaufgebote, die erschlagen werden. Zielloos, wie Tiere, die ihren Käfigen entspringen,

ballen sich hier sechstausend, siebentausend Kreaturen zusammen, ohne klares Bewußtsein ihres Tuns, dumpfen Trieben preisgegeben, brüllend, Mordlust oder Angst in den Augenhöhlen, jeder in jedem den Feind witternd und doch alle zusammengehalten von einem dumpfen Gefühl der Zusammengehörigkeit, aneinandergekettet von der Sinnlosigkeit oder Notwendigkeit desselben Schicksals. Trümmer eines Revolutionsheeres, das auszog, eine neue Freiheit, ein neues Frankreich zu gebären.

Da springt plötzlich ein Willo auf, der sich der Herde bemächtigt. Irgendwo brach er auf, von irgendwo brach er ein in die Gehirne.

Der Eiffelturm! Der Eiffelturm muß erobert werden! Das eiserne Ungetüm, das mit grellen Lichtern über dem Chaos thront! Ist es nur ein aus dem Nichts aufzündender Haß, der ein Wahrzeichen französischer Vergangenheit umstürzen will, nur weil es eben Teil einer gehaltenen Vergangenheit ist? Oder glaubt sich die gehetzte Masse oben auf den Plattformen des Metallriesen sicherer? Denn jede Minute können Truppen nachstoßen!

Von allen Seiten formiert es sich zum Sturm.

Aber der Sturm ist nicht triebhaft in Gang gesetzt, er entspringt starkem Willen. Rhée Landrux, die mitten im nächtlichen Gewühl an ihren Sieg und die Notwendigkeit dieses Sieges glaubt, hat die Parole ausgestoßen: Der Eiffelturm muß uns gehören! Nicht das Eisengerüst will sie erstürmen, sondern die Radiostation, die den obersten Stock krönt! Rache für Broucq und Brandt!

In ihrem Ledermantel und Lederkappe, ein Gewehr über die Schulter gehängt, umringt von einem Troß Arbeitern, die sich unterwegs mit den Gewehren und der Munition erwürgter Soldaten bewaffnet haben, gleicht Rhée einer Flamme des Hasses. Die Revolution ist nicht zu Ende! Sie beginnt erst! Dort oben von der Höhe des Eiffelturmes will sie dem zitternden Europa ihren Kampfruf in die Ohren gellen!

Die Masse hat Ziel und Stoßrichtung. Sie fühlt unbezähmbaren Willen. Das Polizeiaufgebot, das sich am Fuß des Turmes den Anstürmenden entgegenwirft, ist binnen Sekunden niedergewalzt. Als gelte es, den Himmel zu erstürmen, so stürzen jetzt Hunderte die Treppen hinauf, die in vier gewaltigen Eckpfeilern zu den Plattformen hinauf-

führen. Während wüste Haufen die achthundert Stufen bis zum zweiten Stock hinanrasen, fährt ihnen Rhée mit einem zwanzigköpfigen Stoßtrupp im Aufzug voraus. Oben im dritten Stock brechen sie. Avantgarde eines nachdrängenden Heuschreckenschwarmes, aus dem Aufzug heraus. In den Senderraum ergießt sich die Sturzflut. Vor einer Stunde konzentrierte hier noch eine Kapelle, die die Zuhörer von fünf Erdteilen mit der bezaubernden Vorstellung eines friedlich genießenden Paris erfüllte. Die ersten Kanonendonner, die vom Quai des Tuileries heraufdröhnten, mischten sich noch in die Klänge der Jazzmusik, die jäh abriß. Der Donner feuriger Geschütze und das Rasseln der Maschinengewehre schlugen noch minutenlang gegen das offene Mikrophon, das der erschrockene Leiter auszuschalten vergaß. Was mögen die aufhorchenden Hörer Europas gedacht haben, als plötzlich der einschmeichelnde Tango mitten im Takt abbrach und sich fortsetzte als Gewehrknattern und Geschützdröhnen?

Radioteute und Musikanten sind keine Krieger. Sie kapitulieren kampflös vor den vorgehaltenen Revolvern und Gewehren. Der leitende Beamte, der sich zu vorsichtigem Protest hinreißen läßt, wird durchs Fenster hinausgestürzt.

Nach fünf Minuten steht vor dem Mikrophon ein junger Student. Vor ihm auf dem Leseputz liegt das Manifest, das Rhée soeben mit fliegender Hand hingeworfen hat. Aus rheinischhaftlichem Munde ergießt sich der Appell über das nächtliche Europa:

„Hier Eiffelturm, Paris. An alle Völker! — Am Mikrophon steht Léon Brandt! Völker Europas, ich verkünde euch die Revolution des französischen Volkes! Frankreichs Massen haben als Vortrupp eines Erdteils den Krieg gegen den Krieg eröffnet, gegen die Imperialisten der Welt! Gewissenlose Regierungen waren im Begriff, Europa in ein Schlachthaus zu verwandeln! Mit erbarmungsloser Gewalt habe ich eingegriffen. Paris kocht, tobt, kämpft. Die Schlacht ist entbrannt! Hört ihr die donnernden Geschütze, die gegen die revolutionären Arbeiter aufgeföhren sind? Hört ihr die bellenden Maschinengewehre, die eure streikenden Brüder niedermähen? Hört ihr die Todesschreie derer, die von den Handgranaten der Imperialisten zerfetzt werden? Bürger! Proletarische Brüder in aller Welt! Wir geben euch ein erhabenes Beispiel des Kampfwillens und der Todesverachtung.“ (Fortsetzung folgt.)

Inflation?

Immer mehr Stimmen werden laut, die aus Hilflosigkeit oder Eigennutz mehr oder weniger offen eine Inflation als Ausweg aus der Wirtschaftskrise vorschlagen. Die Durchführung solcher Pläne brächte in Wahrheit keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage; sie wäre ein weiterer Schritt zur Verelendung der breiten Masse.

Ein abschreckendes Beispiel

Ist die deutsche Inflation von 1914 bis 1923 für alle diejenigen, die den Schaden davon gehabt haben.

Als zu Beginn des Weltkrieges die Goldwährung aufgehoben wurde, war die Reichsbank in der Lage, hemmungslos Noten ausgeben zu dürfen. Der Zahlungsmittelumsatz betrug zu Beginn des Jahres 1914 nur 6 Milliarden Mark, Ende des Jahres war er auf 7,2 Milliarden Mark gestiegen. Die Entwicklung in den nächsten Jahren ging dann folgendermaßen vor sich:

Ende 1915	9,7 Milliarden Mark
Ende 1916	12,9 Milliarden Mark
Ende 1917	19,5 Milliarden Mark
7. November 1918	28,4 Milliarden Mark

Im Verlauf des Krieges stieg der Zahlungsmittelumsatz pro Kopf der Bevölkerung von etwa 110 Mark auf 430 Mark. Diese gewaltige Aufblähung wurde nach Kriegsende nicht etwa abgestellt; im Gegenteil wurden immer neue Zahlungsmittel in den Verkehr gepumpt, so daß nach einer Schätzung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die gesamte Geldmenge gegen Ende der Inflation etwa 60 Trillionen Papiermark betrug (diese Zahl schreibt man mit 19 Nullen).

Die Folge des Anschwellens der Zahlungsmittelmenge waren fast ununterbrochen steigende Preise, mit denen die Lohn- und Gehaltserhöhungen auch nicht annähernd Schritt hielten. Die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie überhaupt aller Empfänger fester Geldeinkommen schrumpfte immer mehr zusammen. Fast alle Arbeiter waren beschäftigt, ihre Kaufkraft war jedoch kleiner als je in den Vorkriegsjahren.

Als die Reichsbank im November 1923 aufhörte, neue Kredite in den Verkehr zu pumpen, kam es zu Zusammenbrüchen. Denn die Unternehmer waren nicht mehr in der Lage, sich gegenseitig ihre Produkte abzuverkaufen, und den Massen war die Kaufkraft dermaßen beschnitten worden, daß sie deshalb nicht kaufen konnten. Der Absatz stockte; es kam zu Bankrotten und Arbeiterentlassungen, die immer weitere Kreise in die Krise hineinzoogen. Während 1922 nur 1,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren, waren es 1924, im Jahre nach der Stabilisierung, 13,5 Prozent.

Nach den Inflationsjahren sagte die deutsche Bevölkerung wie nach dem Krieg: Nie wieder! Doch schon nach weniger als einem Jahrzehnt melden Nichtwissender und Interessenten abermals Inflationspläne an, ohne auf genügenden Widerstand in der Öffentlichkeit zu stoßen. Das ist in der heutigen Lage einfach zu erklären: Verzweifelte greifen nach Mitteln der Verzweiflung. Es ist daher dringend notwendig, die drohende Gefahr klar zu sehen, die bei einer Inflation besteht, wenn sie nicht in begrenztem Rahmen und als Bestandteil eines wissenschaftlich begründeten Programms zur Bekämpfung der Krise stattfindet.

Zusätzliche Kaufkraft durch Notendruck?

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man meinen, daß zusätzlich ausgegebene Noten eine Vergrößerung der Kaufkraft bedeuten. Bekommen doch die Besitzer der zusätzlichen Noten dafür Waren wie jeder andere, der erarbeitete Kaufkraft in Händen hat.

Die nachstehende Überlegung zeigt jedoch, daß eine Erhöhung der Zahlungsmittelmenge, mit der nachgefragt wird, nicht gleichzusetzen ist mit der Vergrößerung der gesamten Kaufkraft in einer Volkswirtschaft. Wir setzen bei dieser Überlegung zur Vereinfachung zunächst voraus, daß außer der Notonmenge alle anderen Umstände gleich bleiben, also zum Beispiel die Warenmenge, die Arbeitsmethoden u. s. w.

In jeder arbeitsteiligen Wirtschaft ist einerseits eine bestimmte Warenmenge vorhanden, die angeboten wird, und andererseits eine bestimmte Zahlungsmittelmenge, mit der Waren nachgefragt werden. Wenn nun durch zusätzliche Notenausgabe (oder, was für unsere Betrachtung das Gleiche ist: bei zusätzlicher Kreditausgabe in Form von Gutschriften auf Bankkonten) die Zahlungsmittelmenge vergrößert wird, dann entsteht eine Knappheit an den Produkten, die mehr nachgefragt werden. Denn die Produzenten hatten ihre Produktion und Lagerhaltung auf eine geringere Nachfrage eingestellt. Die Folge dieser Knappheit ist eine Erhöhung der betreffenden Warenpreise. Werden verhältnismäßig viele Noten zusätzlich ausgegeben, dann wird das Preisniveau erheblich steigen. Denn nicht nur die Waren, die unmittelbar stärker nachgefragt werden, werden teurer, sondern auch Waren, die mit den verteuerten Produkten hergestellt werden. So steigen nach und nach alle Preise.

Die Käufer der im Preis erhöhten Waren können für ihre Geldeinkommen weniger kaufen als bisher; denn „das Geld ist entwertet worden“. Ihnen ist durch die zusätzliche Notenausgabe Kaufkraft fortgenommen worden, und denen, die Kredite in Form zusätzlicher Noten erhalten haben, ist sie gegeben worden. — Die zusätzliche Notenausgabe (ebenso die zusätzliche Kredit-

ausgabe in Form von Gutschriften auf Bankkonten) ist also, wenn die Warenmenge, wie wir voraussetzten, gleich bleibt, keine Ausgabe zusätzlicher Kaufkraft, sondern lediglich eine Kaufkraftverschiebung.

Kaufkraftverminderung bei wem?

Wem bei einer Inflation Kaufkraft zuwächst, ist klar: zunächst denen, die die zusätzlichen Noten auf dem Wege des Kredits erhalten, zum Beispiel Industriellen; ferner denen, an die sie weitergeben werden, zum Beispiel also neu eingestellten, bisher arbeitslosen Arbeitern.

Fortgenommen wird die Kaufkraft zunächst allen denen, die die im Preis erhöhten Waren kaufen: Sie können weniger kaufen als vor der Preiserhöhung. Soweit diese Geschädigten aber selber Warenverkäufer sind, werden sie beim Verkauf ihrer Waren den höheren Preis einkalkulieren und sich auf diese Weise schadlos halten.

Diese Möglichkeiten haben nicht die Arbeiter, kleinen Sparer und Rentner, kurz: alle Menschen, die Empfänger fester Geldeinkommen sind. Ihre realen Einkommen werden durch die inflationistischen Maßnahmen der Notenbank vermindert. Die Arbeiter können zwar ihre Arbeitskraft teurer verkaufen, aber das geht nicht so leicht, wie die Erhöhung von Warenpreisen; vielmehr sind erst Lohnkämpfe erforderlich.

Letzten Endes sind es also Arbeiter und kleine Sparer, die den Nachteil einer Inflation zu tragen haben.

Möglichkeiten und Gefahren.

Zu den vorstehenden Erörterungen sind zwei Einschränkungen zu machen:

1. Diejenigen, denen die zusätzlichen Noten im Kreditweg gegeben werden, können, wenn sie die Noten rasch ausgeben, tatsächlich eine zusätzliche Warenmenge aus den vorhandenen Lagerbeständen — sofern diese groß genug dazu sind — herausnehmen. Denn die Preise steigen nicht sofort; sie steigen um so langsamer, je größer die Lagerbestände sind. Jene mit neugedruckter Kaufkraft ausgerüsteten Personen kaufen also tatsächlich zusätzliche Waren. Dieses scheinbare Wunder ist möglich, weil die Wirtschaft kein starres, sondern ein elastisches Gefüge ist. An vielen Stellen sind Reserven vorhanden, die die zusätzliche Entnahme von Waren gestatten.

2. Die neu ausgegebenen Noten können zur Produktion von Waren anregen, namentlich wenn auf eine Reserve von Arbeitskräften zurückgegriffen werden kann, wenn also zusätzliche Arbeiter an irgend einer Stelle eingestellt werden können, ohne daß dadurch sofort eine allgemeine Lohnerhöhung eingeleitet wird. Auch dieser Prozeß ist möglich wegen der erwähnten Elastizität der Wirtschaft.

Die Elastizität der Wirtschaft darf man nicht unter-, aber auch nicht überschätzen. Für die Gegenwart ist zu bedenken, daß die Vorräte an Fertigwaren zum Teil sehr klein sind, die Reserve an Arbeitskräften sehr groß ist, ebenso die Lagerbestände an Rohstoffen. Es ist also sehr wohl möglich, daß eine nicht allzu große Menge zusätzlicher Kaufkraft rasch dazu führt, daß unter Ausnutzung der Reserven an Arbeitskräften und Rohstoffen neue Fertigwaren produziert und angeboten werden.

Andererseits liegt eine erhebliche Gefahr darin, daß in Deutschland schätzungsweise eine Milliarde Mark Noten gehamstert worden sind. Bei auch nur geringen Preissteigerungen könnte sehr wohl gerade bei der deutschen Bevölkerung, von der die Inflationserfahrungen ja noch nicht völlig vergessen sind, ein starkes Mißtrauen entstehen. Die gehorteten Noten könnten lawingleich auf den Warenmarkt strömen und erhebliche Preissteigerungen zur Folge haben.

Inflation verursacht Krisen.

Die zusätzliche Kreditausgabe und die damit verbundene Kaufkraftverminderung der Massen setzt die Unternehmer in den Stand, ihren Produktionsapparat auszudehnen. In — auf die Dauer gesehen, unbegründetem — Optimismus suchen sie auf Lager zu produzieren, und reißen sich gegenseitig bei steigenden Preisen Waren aus den Händen. Darum finden wir in Inflationszeiten auch meist sinkende Arbeitslosenziffern.

Sobald jedoch die Kreditausgabe aufhört und infolgedessen die Unternehmer nicht mehr in der Lage sind, sich ihre Produkte gegenseitig abzukaufen, wird die Produktion zum Teil unabsetzbar, und die Produktionsanlagen erweisen sich als zu groß. Denn den Massen hat man die erforderliche Kaufkraft fortgenommen, sie können also nicht kaufen; die Unternehmer können ebenfalls nicht mehr so viel wie bisher kaufen, weil ihnen die Kredite abgeschnitten worden sind, andererseits wollen sie aber auch nicht mehr so viel kaufen, weil sie — mit Grund! — pessimistisch geworden sind.

Die Folgen der Absatzstockung sind Arbeiterentlassungen, Betriebsstillegungen und schließlich eine allgemeine Schrumpfung in der Wirtschaft.

Inflation bei stabilem Preisstand.

Die Entwicklung eines Mißverhältnisses zwischen Produktion und wirksamer Nachfrage infolge von Kreditausgabe braucht nicht immer mit steigendem Preisstand verbunden zu sein. Ein Beispiel dafür geben die Vereinigten Staaten in den Jahren 1927 bis 1929. In diesen Jahren fand eine starke Kreditausgabe statt,

die zur Vergrößerung des Produktionsapparates benutzt wurde. Die Börsenkredite betrugten 1927 erst 3,6 Milliarden Dollar, im September 1929 jedoch 8,5 Milliarden Dollar! Der Preisstand blieb trotz dieser Kreditausweitung zunächst stabil; denn vor und während ihr wurde die amerikanische Industrie stark rationalisiert, sodaß der Preisstand ohne jenen zusätzlichen Kredit gesunken wäre.

Die Verhinderung der Preissenkung hat eine solche Steigerung der Kaufkraft der laufenden Masseneinkommen verhindert, wie sie notwendig gewesen wäre, um die Produkte des vergrößerten und verbesserten Produktionsapparats aufzunehmen. Im Grunde ist diese Erscheinung also dieselbe wie bei einer Inflation mit Preissteigerung: übermäßige Ausdehnung des Produktionsapparates auf Kosten der Massenkaukraft.

Das Mißverhältnis zwischen Produktion und wirksamer Nachfrage war schließlich so kraß geworden, daß der Zusammenbruch unvermeidlich war. Sein äußeres Zeichen war im Oktober 1929 der New-Yorker Börsenkrach.

Die erlaubte Inflation.

Die vorstehend geschilderten Arten der Kreditausdehnung für Sozialisten kommen als Mittel der Krisenbekämpfung nicht in Frage. Denn nur die Kapitalisten haben einen Vorteil von solchen Inflationen. Die Arbeiter werden geschädigt: erstens unmittelbar infolge der Kaufkraftbeschränkung der Massen; zweitens infolge der Wirtschaftskrisen, die durch die Inflation angebahnt oder verschärft werden.

Unter gewissen Umständen können jedoch auch Sozialisten einer Inflation zustimmen: heute in Deutschland zum Beispiel bei sinkendem Preisstand. Das allein genügt aber noch nicht, um die Arbeiter bei einer solchen Aktion schadlos zu halten. Es ist vielmehr notwendig, daß die zusätzlich ausgegebenen Kredite möglichst schnell als Kaufkraft der Massen auftreten.

Von dieser Erwägung haben wir uns leiten lassen, als wir im „Funken“ Nr. 42 behaupteten, heute käme in Deutschland unter Umständen durchaus eine kleine Inflation in Frage im Rahmen unseres Gesamtprogramms zur Bekämpfung der Krise. (Die Gefahr, daß gehamsterte Noten plötzlich in Massen auf den Markt strömen, muß dabei freilich stets scharf im Auge behalten werden.)

Der preiserhöhenden Tendenz der kleinen Inflation steht in diesem Fall eine preissenkende Tendenz gegenüber infolge der Zerschlagung von Kartellen und der Senkung der Getreidezölle.

Der Gewinn, den die Bevölkerung durch die Verbilligung von Lebensmitteln und Erzeugnissen der Schwerindustrie hat, soll den Konsumenten nicht voll zu gute kommen. Ein Teil davon soll zur planmäßigen Arbeitsbeschaffung verwandt werden. Anstatt zur Bereitstellung dieses Teils eine besondere Steuer einzuführen, schlagen wir eine Inflation vor, die klein genug ist, um nicht zur Erhöhung des Preisstandes zu führen, die lediglich die Preissenkung, die sonst als Folge von Zollsenkungen und Abzug von Subventionen eingetreten wäre, teilweise verhindert. Die Kaufkraft der vorhandenen Masseneinkommen wird also insgesamt nicht geschwächt. Die Massenkaukraft wird vielmehr gestärkt, weil die zusätzlichen Kredite im Baugewerbe und zum Aufbau von Siedlungen Verwendung finden sollen, also in Wirtschaftszweigen, in denen sofort ein großer Teil der zusätzlichen Kredite zur Auszahlung von Arbeitslöhnen verwandt wird. Helene Beyer.

Schiffahrts-Sanierung.

Wir haben bereits vor einigen Tagen (im „Funken“ Nr. 66) auseinandergesetzt, wie unberechtigt und wirtschaftsschädigend Schiffahrts-Subventionen sind. Die Reichsregierung hat jetzt den von uns vorausgesehenen Schritt getan, der weiter in die Krise hineinführt: Sie hat eine Reichsgarantie für 77 Millionen Mark neuer Kredite übernommen. Davon sollen 70 Millionen Hapag-Lloyd, 7 Millionen den sogenannten Tramp-Reedereien zugute kommen.

Die alten (privaten) Kredite an Hapag-Lloyd in Höhe von 140 Millionen Mark werden zunächst bis zum 28. Februar 1933 verlängert. Zur Bilanzbereinigung wird das Aktienkapital von Hapag-Lloyd im Verhältnis von 10 : 3 zusammengelegt.

Von Seiten der Regierung wurde zur Bedingung gemacht, daß sich Hapag-Lloyd künftig in bezug auf Neubauten größte Zurückhaltung auferlegen. Das hätte das Reich billiger haben können, wenn es diese Gesellschaften früher weniger großzügig mit Subventionen bedacht hätte! Die Regierung hat sich vorbehalten, unter den Mitgliedern des in Zukunft gemeinsamen Aufsichtsrats der beiden Gesellschaften einen Vertrauensmann zu ernennen. Die Bestellung von acht der dreißig Aufsichtsratsmitglieder unterliegt der Zustimmung der Reichsregierung. H. H.

Noch immer kein Siedlungsplan.

Der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen hat auch in seiner Sitzung vom 18. März das Siedlungsproblem praktisch nicht im mindesten gefördert. Die Reichsregierung war immer noch nicht in der Lage, einen Plan für die verstärkte Weiterführung der Siedlung vorzulegen. Dieses Zögern ist geradezu verbrecherisch, wenn man bedenkt, daß ohne eine kräftige Siedlungspolitik keine Aussicht besteht auf Besserung der wirtschaftlichen Lage.

TSCHECOSLOWAKEI

Eine neue Form der Subvention für Brauereien: In der Tschechoslowakei lagern infolge der Absatzkrise große Hopfenmengen. Es wird vorgeschlagen, den Hopfen an einige Brauereien umsonst zu vergeben, damit diese Bier für Exportzwecke billig herstellen können.